

**Leistungsbeschreibung der Ausschreibung TWV Stader Land MA006
(Vergabenummer : TWV Stader Land 2/2019)**

**Material für die Trinkwasserversorgung (Wavin TS-Rohr)
Lieferzeitraum 02.01.2019 bis 31.12.2019**

- 1. Informationen zur Ausschreibung**
- 2. Leistungsbeschreibung**
- 3. Zuschlagskriterien**
- 4. Bewerbungsbedingungen**
- 5. Erläuterungen zu Anlage 1: Rahmenvertrag**
- 6. Erläuterungen zu Anlage 2: Erklärungen zum Unternehmen**
- 7. Erläuterungen zu Anlage 3: Abgefragter voraussichtlicher Bedarf der einzelnen Verbände (Wavin TS-Rohr)**

1. Allgemeines

Die unter 1.1 aufgeführten Verbände haben sich zu der KOOOPERATION WASSER, genannt „KOWAS“ zusammengeschlossen. Die KOWAS ist eine Arbeitsgemeinschaft.

1.1 Vertragspartner

Diese Ausschreibung umfasst den voraussichtlichen Materialbedarf für geplante Baumaßnahmen im Trinkwasserbereich der einzelnen KOWAS Unternehmen:

1. Wasserversorgungsverband Rotenburg-Land, 27356 Rotenburg (Wümme)
2. Wasserverband Bremervörde, 27432 Bremervörde-Minstedt
3. Wasserversorgungsverband Land Hadeln, 21762 Otterndorf
4. Wasserverband Wesermünde, 27624 Stadt Geestland (Bad Bederkesa)
5. Wasser- und Abwasserverband Wesermünde Nord, 27607 Geestland (Holßel)
6. Wasserverband Wingst, 21789 Wingst
7. Trinkwasserverband Stader Land, 21739 Dollern

Vertragspartner sind die vorgenannten Verbände. Der Vertrag wird von dem federführenden Mitglied der KOWAS, dem Trinkwasserverband Stader Land, 21739 Dollern, im Namen und für Rechnung auch der übrigen Mitglieder unterschrieben.

Die beschriebene Leistung wird im Namen und für Rechnung der vorgenannten Teilnehmer vergeben.

Die o.a. Liste der bezugsberechtigten Unternehmen kann in Übereinstimmung zwischen der KOWAS und dem Lieferanten jederzeit durch schriftliche Nachträge erweitert werden.

1.2 Rahmenvertrag

Mit dem Bieter, der den Zuschlag je Los erhält, wird für den Lieferzeitraum ein Rahmenvertrag mit KOWAS gemäß Muster **Anlage 1** zu dieser Leistungsbeschreibung abgeschlossen. Mit der jeweiligen Zuschlagserteilung gilt der Rahmenvertrag als geschlossen.

Der Bieter bietet im Preisblatt des Angebotes für die jeweiligen Preisgruppen einen Angebotspreis für Materialien. Diese Angebotspreise werden als Anlage dem Rahmenvertrag beigelegt und gelten für Bestellungen im 1. Quartal 2018. Im Anschluss daran ist eine Preisanpassung möglich; siehe unten 2.2.2. ff.

2. Leistungsbeschreibung

2.1 Laufzeit

Gegenstand der Ausschreibung ist der jährliche gemeinsame Bedarf an Materialien für die Trinkwasserversorgung der vorgenannten Unternehmen.

Der Zeitraum der Ausführung der Lieferungen (Lieferzeitraum) ist der 02.01.2019 bis 31.12.2019.

2.2 Kalkulationsgrundlage

2.2.1 Die voraussichtlichen benötigten Materialien (Jahresbedarf) sind von den Verbänden nach derzeitigem Stand der Planungen nach bestem Wissen erhoben worden. Bei der Kalkulation ist zu berücksichtigen, dass die Abnahme sämtlicher ausgeschriebener Materialien nicht exakt garantiert werden kann, da der Umfang und der Baubeginn der Baumaßnahmen zurzeit noch nicht bekannt ist.

2.2.2 Basis des Angebotes ist die Ethylenkontraktpreisnotierung aus **Oktober 2018** in Höhe von **1.135 Euro/Tonne**.

Sollte es innerhalb eines Quartals Kostenveränderungen in Höhe von mindestens +/- 30,- €/Tonne auf Basis des Börsen-Ethylen-C2-Wertes geben, wird diese prozentuale Änderung analog und 1:1 in Cent/kg auf die Rohrpreise übertragen.

Dieses erfolgt dann fortlaufend quartalsweise bis zum Laufzeitende des Kontraktes. Die jeweiligen Börsenpreise sind vom Auftragnehmer einzuholen und dem Auftraggeber ebenfalls vorzulegen.

- 2.2.3 Die Anpassung erfolgt nach Veröffentlichung des Index jeweils zum Quartalsanfang. Die erste Anpassung erfolgt zum 01.04.2019. Eine weitere Anpassung ist zum 01.07.2019 und zum 01.10.2019 möglich.

Bei Änderung des Preisindex wird berücksichtigt, dass eine Bezugspreisbewertung auf den Abnahmezeitpunkt erfolgt. Somit werden Bestellungen zu den im jeweiligen Quartal geltenden Preisen nur bis spätestens 14 Kalendertage vor Quartalsende Gültigkeit haben, um möglichst eine Lieferung noch im jeweiligen Quartal zu realisieren.

- 2.2.4 Eine Abgrenzung von Preis/Lieferung muss zwischen den Quartalen möglichst einfach und nachvollziehbar erfolgen.

2.3 Beauftragung und Rechnungslegung

Für Lieferaufträge während des Lieferzeitraumes gelten die Angebotspreise des Lieferanten, der den Zuschlag erhält, gemäß den Preisblättern des Angebotes.

Lieferaufträge werden rechtzeitig zu Beginn der jeweiligen Baumaßnahmen mit einer Materialzusammenstellung bzw. Massenansatz beauftragt bzw. abgerufen.

Nach Auftragseingang beim Auftragnehmer ist das Material (nach Angebot) spätestens nach **3 Werktagen** auszuliefern, sowie eine Auftragsbestätigung mit Lieferzeiten zu senden. Teillieferungen von Materialien sind stets zu vermeiden und sind vorher mit dem Auftraggeber abzusprechen.

Die Auftraggeber sind berechtigt, nach Ihrer Wahl

- Entweder die Teillieferung zurückzuweisen,
- oder wegen des mit der Warenbewirtschaftung von Teillieferungen verbundenen höheren Aufwandes den Netto – Rechnungsbetrag für die Gesamtlieferung um 2 % zu kürzen. Dem Auftragnehmer bleibt in diesem Fall der Nachweis vorbehalten, dass dem jeweiligen Auftraggeber kein oder nur ein geringer Aufwand entstanden ist.

Die Rechnungslegung erfolgt nach der vollständigen Lieferung direkt an das jeweilige KOWAS-Mitgliedsunternehmen und wird durch dieses beglichen.

2.4 Lieferort

Die Lieferung der Materialien ist frei Baustelle bzw. frei Lager des jeweiligen Wasserverbandes einschließlich Selbstentladung durch den Auftragnehmer zu kalkulieren. Demnach sind Baustellen im gesamten Versorgungsgebiet des jeweiligen Wasserverbandes zu beliefern.

2.5 Logistische Leistungen

2.5 Logistische Leistungen

2.5.1 Auftragsnummer und Artikelnummer

Auf der Auftragsbestätigung, dem Lieferschein und der Rechnung müssen Artikelnummern des Auftraggebers nach dessen Vorgabe vorhanden sein.

2.5.2 Preisangabe und Skonto

Die Preise sind als Nettopreise abzugeben.

Skontobedingungen sind separat auszuweisen.

Die Preise sind auf der Basis von zugweiser Abnahme bzw. Palettenabnahme zu kalkulieren.

Bei Geringbestellungen, die einen Wert von 1.000.- EUR je Abladestelle nicht überschreiten kann ein Zuschlag von gemäß im Preisblatt ausgewiesenen Prozentsatz auf die jeweilige Auftragssumme erhoben werden.

2.5.3 Rechnung

Die Rechnungslegung erfolgt nach der vollständigen Lieferung direkt an das jeweilige KOWAS Mitgliedsunternehmen mit Angabe der Verbrauchsstelle und wird durch dieses beglichen.

Das jeweilige KOWAS Mitgliedsunternehmen erhält ferner monatlich eine Auflistung der Aufträge.

Die Rechnungen sind in deutscher Sprache zu verfassen.

Die Rechnungen sind zahlbar 21 Tage nach Eingang der Rechnung beim KOWAS Mitgliedsunternehmen.

Soweit einer der o.g. Fälligkeitstermine auf einen Bankfeiertag fällt, ist die Zahlung an dem vorhergehenden Bankarbeitstag, bei Sonntagen und bei darauf folgenden Bankfeiertagen an dem nachfolgenden Bankarbeitstag fällig.

Bei verspäteter Zahlung ist der Lieferant berechtigt, Verzugszinsen in Höhe von 5% Punkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB vom Ablauf der Zahlungsfrist an zu berechnen.

2.5.4 Qualitätsforderungen

Die Qualitätsanforderungen für die jeweiligen Materialien sind in dem jeweiligen Preisblatt des Angebotes gemacht.

Es sind nur Materialien anzubieten, die den dort beschriebenen technischen Anforderungen entsprechen und über DVGW-Zulassungen verfügen - Ausnahmen siehe ggf. Angaben zu den Qualitätsanforderungen für die jeweiligen Materialien in dem jeweiligen Preisblatt des Angebotes.

2.5.5 Nebenangebote

Alternativ zu den im jeweiligen Preisblatt des Angebotes beschriebenen Materialien können auch **technisch und qualitativ gleichwertige Produkte** anderer Hersteller angeboten werden. **Hierbei ist vom Bieter das Produkt zu benennen und ggf. auf gesondertem Blatt detailliert zu beschreiben.** Weiterhin sind Referenzen der Einsatzorte zu nennen.

3. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt, das den Bedingungen der Ausschreibung entspricht. Alleiniges Zuschlagskriterium ist der niedrigste Preis.

Die Wertung erfolgt nach folgender Vorgehensweise:

Der vom Bieter gebotene Angebotspreis (Nettopreis) für die jeweilige Preisgruppe wird multipliziert mit dem angegebenen prognostizierten Verbrauch im Referenzjahr der jeweiligen Teilnehmer für die jeweilige Preisgruppe. Die so ermittelten Ergebnisse je Preisgruppe werden addiert. Der Bieter mit dem auf diese Weise ermittelten niedrigsten Gesamtergebnis erhält den Zuschlag.

Der von den einzelnen Verbänden angegebene prognostizierte Verbrauch im Lieferjahr ist in Anlage 3 zum Leistungsverzeichnis angegeben.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die diesbezüglichen Ausführungen unten unter 7. verwiesen.

Sollte kein wirtschaftliches Angebot eingehen, wird die Ausschreibung aufgehoben. Kosten für die Bearbeitung der Angebote werden nicht erstattet.

***Hinweis:** Der Zuschlag hat gemäß den Vorgaben der VOL auf das wirtschaftlichste Angebot zu erfolgen. Alle zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes relevanten Wertungskriterien sind dem Bieter mitzuteilen. In dieser Ausschreibung ist diesbezüglich allein der niedrigste Preis genannt. Damit ist der niedrigste Preis das alleinige Wertungskriterium bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes. Weitere Kriterien fließen nicht zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes ein. Mit anderen Worten: Der Bieter, der die Angebotsvoraussetzungen erfüllt und den niedrigsten Preis anbietet, erhält den Zuschlag*

4. Bewerbungsbedingungen

4.1 Angebot

Für das Angebot sind ausschließlich die von der ausschreibenden Stelle übersandten Vordrucke zu verwenden.

Eine elektronische Angebotsabgabe ist nicht zulässig.

Das Angebot muss vollständig ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben werden. Die erforderlichen Erklärungsvordrucke und Anlagen müssen beigelegt werden

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Die Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

Änderungen an den Verdingungsunterlagen sind unzulässig.

Angebote, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

4.2 Unklarheiten in den Verdingungsunterlagen

Enthalten die Verdingungsunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter die ausschreibende Stelle **unverzüglich** schriftlich, fernschriftlich oder telegrafisch darauf hinzuweisen, auch wenn er den Hinweis schon vorher in anderer Form gegeben hat.

Schlusstermin für den Eingang von Bieteranfragen ist der 12.12.2017, 12.00 Uhr.

4.3 Ansprechperson, Angaben zum Unternehmen, Referenzen

Der Bieter hat namentlich eine Ansprechperson nebst Vertretung zu benennen. Ferner hat er Angaben zum Unternehmen zu machen und Referenzen sowie Erklärungen abzugeben und darzulegen. Ein entsprechendes **Formblatt** ist dieser Leistungsbeschreibung als **Anlage 2** beigelegt.

4.4 Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren oder vergleichbaren früheren Verfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen bzw. beteiligt haben, werden ausgeschlossen.

Wenn der Auftragnehmer (= Bieter) aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 10 v.H. der Abrechnungssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen sind insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern / Bewerbern über:

- Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,
- Gewinnaufschläge und andere Preisbestandteile,
- Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB - zulässig sind.

Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

4.5 Unzulässige Handlungen

Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer Personen, die aufseiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahe stehenden Personen mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu der Verwaltung oder dem Unternehmen des Auftraggebers Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solche Handlungen des Auftragnehmers stehen selbst Handlungen von Personen gleich, die aufseiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.

Was unter Vorteilen im Sinne des Abs. 1 zu verstehen ist, richtet sich nach den §§ 331 ff. StGB. Nicht als Vorteil im Sinne des Abs. 1 gelten jedoch die der Geschäftswerbung dienenden Gegenstände oder Leistungen, wie sie im redlichen Geschäftsverkehr nach einheitlichen Gesichtspunkten (z.B. aus Anlass des Neujahrstages) von dem Auftragnehmer seinen Geschäftskunden gewährt werden, insbesondere Reklamegegenstände von geringem Wert, die als solche durch eine dauerhafte und deutlich sichtbare Bezeichnung des Namens (Firma) des Auftragnehmers gekennzeichnet sind.

Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn sich der Auftragnehmer nachweislich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen (i.S.v. § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) beteiligt, insbesondere mit anderen Bietern über:

- Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, Bindungen sonstiger Entgelte, Preisforderungen, Gewinnaufschläge, Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile, Zahlungs-, Lieferungs- oder andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen, Gewinnbeteiligungen oder anderen Abgaben verhandelt, eine Verabredung getroffen oder eine Empfehlung (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen GWB § 38 Abs. 2) ausgesprochen hat, es sei denn, dass sie im Einzelfall nach Maßgabe des GWB ausnahmsweise gestattet sind. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

Von der Ausübung der Rechte gemäß Abs. 1 oder 3 ist dem Auftragnehmer Gelegenheit zu geben, zu dem Tatverdacht Stellung zu nehmen.

Bei Abgabe unrichtiger Erklärungen in dem Angebotsschreiben ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag zu kündigen und Schadenersatz zu verlangen oder vom Vertrag zurückzutreten.

Tritt der Auftraggeber gemäß dieser Bestimmung vom Vertrag zurück, so ist er berechtigt, aber nicht verpflichtet, die empfangenen Leistungen zurückzugeben. Behält er sie, so hat er ihren Wert zu vergüten; werden sie zurückgegeben, so muss auch der Auftragnehmer die empfangenen Leistungen zurückgeben. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem Auftragnehmer gegen den Auftraggeber aufgrund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrages zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.

Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche bleiben unberührt.

4.6 Berufsgenossenschaft; Unbedenklichkeitsbescheinigung

Auf **gesondertes Verlangen** der ausschreibenden Stelle hat der Bieter eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft vorzulegen.

Die Erteilung des Auftrages kann abhängig gemacht werden, von der Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes.

4.7 Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften

Arbeitsgemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haben mit dem Angebot der ausschreibenden Stelle ein Verzeichnis der Mitglieder der Gemeinschaft mit Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters mit einer von allen Mitgliedern unterzeichneten Erklärung zu übergeben, dass der bevollmächtigte Vertreter die im Verzeichnis aufgeführten Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Für die Beurteilung der kartellrechtlichen Zulässigkeit von Bietergemeinschaften bei Ausschreibungen gelten die gleichen materiellen Beurteilungsmaßstäbe, die nach ständiger Rechts- und Verwaltungspraxis generell auf Arbeits- und Bietergemeinschaften anzuwenden sind:

Danach ist eine Bietergemeinschaft dann kartellrechtlich unbedenklich, wenn die beteiligten Unternehmen – jedes für sich betrachtet – zur Zeit der Bildung der Bietergemeinschaft überhaupt nicht oder jedenfalls zu dieser Zeit nicht über die erforderliche Kapazität zur Durchführung des angestrebten Auftrags verfügen oder zwar über die erforderliche Kapazität verfügen, aber erst die Zusammenarbeit der Bietergemeinschaft sie in die Lage versetzt, ein Erfolg versprechendes Angebot abzugeben (vgl. BGH, Beschluss von 13.12.1983, "Bauvorhaben Schramberg", WuW/E BGH 2050).

Eine Vereinbarung zur Bildung einer Bietergemeinschaft stellt hingegen dann eine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Vereinbarung im Sinne des § 1 GWB dar, wenn „der Entschluss zur Mitgliedschaft in der Bietergemeinschaft für eines der beteiligten Unternehmen keine im Rahmen zweckmäßigen und kaufmännisch vernünftigen Handelns liegende Entscheidung ist“ (OLG Naumburg, Beschluss v. 21.12.2000, "Abschleppaufträge", WuW/E Verg. 493, 495).

4.8 Bevorzugte Bewerber

Bieter, die als bevorzugte Bewerber berücksichtigt werden wollen, müssen dies erklären. Bieter, die nach der **Richtlinie für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge** bevorzugt werden wollen, müssen außerdem den Nachweis, dass sie die Voraussetzungen hierfür erfüllen, rechtzeitig vor Auftragserteilung führen.

Wird der Nachweis nicht geführt, so wird das Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bewerber behandelt.

Arbeitsgemeinschaften und Bietergemeinschaften, denen bevorzugte Bewerber als Mitglieder angehören, haben zusätzlich den Anteil nachzuweisen, den die Leistungen dieser Mitglieder am Gesamtangebot haben.

Hinweis: Die Richtlinie kann bei Bedarf gerne übersandt werden. Bevorzugte Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind danach vor allem Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge, Verfolgte, Evakuierte, Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten.

4.9 Sonstiges

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

Der Schriftverkehr mit der ausschreibenden Stelle ist in deutscher Sprache zu führen.

Auf Verlangen der ausschreibenden Stelle ist vom Bieter anzugeben, bei welchem in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Versicherungsunternehmen der Bewerber haftplichtversichert ist und wie hoch die vereinbarten Deckungssummen für Personenschäden und für sonstige Schäden sind.

Falls der Bieter seinen Sitz oder Wohnsitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland hat und noch nicht Mitglied einer deutschen Berufsgenossenschaft ist, hat er vor Erteilung des Auftrags auf Verlangen der ausschreibenden Stelle nachzuweisen, dass er sein Unternehmen, soweit es auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig wird, zur Berufsgenossenschaft angemeldet hat.

Für den Fall, dass der Bieter aufgrund internationaler Vereinbarungen von der Pflicht zur Mitgliedschaft bei einer deutschen Berufsgenossenschaft befreit ist, hat er dies auf Verlangen der ausschreibenden Stelle durch eine Bescheinigung der deutschen Berufsgenossenschaft zu belegen.

5. Erläuterungen zu Anlage 1: Muster Rahmenvertrag/ Rahmenvereinbarung

Anlage 1 zu dieser Leistungsbeschreibung enthält das Muster des Rahmenvertrages. Der Rahmenvertrag soll zwischen dem Bieter der Ausschreibung, der den Zuschlag für das jeweilige Los erhält und den Mitgliedern der KOWAS geschlossen werden. In dem Rahmenvertrag sind Lieferpreise und Laufzeit der Lieferung geregelt.

***Hinweis:** in der als Anlage 1 beigegeführten Muster – Rahmenvertrag sollen keine Preise durch den Bieter eingesetzt werden. Die Eintragung der Preise durch den Bieter findet ausschließlich im Preisblatt des Angebotes statt. Das Preisblatt des Angebotes wird dann dem Rahmenvertrag beigelegt.*

6. Erläuterungen zu Anlage 2: Erklärung Ansprechperson, Angaben zum Unternehmen, Referenzen / Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit

Der Bieter hat in einem Vordruck/Formblatt (beigelegt als **Anlage 2** zur Leistungsbeschreibung) namentlich eine deutschsprachige Ansprechperson/ Projektverantwortlichen nebst Vertretung zu benennen.

Ferner muss er in dem Vordruck/Formblatt Angaben zum Unternehmen und eine Darstellung von mindestens 3 den letzten 3 Jahren erbrachten Leistungen in vergleichbarer Größenordnung im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen in die Referenzliste eintragen.

Auf Verlangen der ausschreibenden Stelle ist ein aktueller aussagekräftiger Geschäftsbericht in deutscher Sprache bzw. in deutscher Übersetzung nachzureichen.

Alternativ dazu ist zum Nachweis der Zuverlässigkeit die Abgabe einer „Einheitlichen Europäische Eigenerklärung“ zulässig. Hierfür gelten die Vorgaben der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 5. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung.

Ferner ist zu erklären, dass sich der Bieter an keinerlei kartellrechtswidrigen oder wettbewerbsbeschränkenden Abreden oder Handlungen bei der Vergabe von Leistungen der ausgeschriebenen Art beteiligt hat und das keinerlei Änderungen an den Ausschreibungsunterlagen vorgenommen wurden.

Für Anfragen des Auftraggebers muss ein direkter fester Ansprechpartner/ Projektleiter bzw. eine direkte feste Ansprechpartnerin/ Projektleiterin des Auftragnehmers während der üblichen Geschäftszeiten (montags bis donnerstags von 8:00 bis 16:00 Uhr und freitags von 08:00 bis 13:00 Uhr) telefonisch, per Mail und / oder per Fax zur Verfügung stehen.

Hierfür ist bereits bei Angebotsabgabe ein Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin mit Kontaktdaten (Anschrift, Telefon (fest und mobil), E-Mail namentlich zu benennen. Seitens des jeweiligen Auftraggebers werden gleichermaßen entsprechende Kontaktdaten (Anschrift, Telefon, E-Mail und Fax) kommuniziert. Beide Vertragsparteien sind verpflichtet, etwaige Änderungen bezüglich der Ansprechpartnerin bzw. des Ansprechpartners gegenseitig unverzüglich mitzuteilen.

Wegen näherer Einzelheiten wird auf die Leistungsbeschreibung verwiesen.

Hinweis: Die Anlage 2 ist ausgefüllt und unterzeichnet nebst Anlagen mit dem Angebot abzugeben.

7. Erläuterungen zu Anlage 3: Abgefragter voraussichtlicher Bedarf der einzelnen Verbände

Anlage 3 zur Leistungsbeschreibung erhält die Einzelaufstellung der von den einzelnen Verbänden angegebenen prognostizierten Verbräuche der einzelnen Positionen im Lieferjahr.

Für die Wertung wird die jeweilige prognostizierte Gesamtmenge pro Position je Los zugrunde gelegt.

Hinweis: Die Anlage 3 soll dem Bieter eine Kalkulationshilfe zur Abschätzung der zu liefernden Menge je Position geben. In Anlage 3 sind keine Preise einzutragen. Die Eintragung der Angebotspreise findet ausschließlich im Preisblatt des Angebotes statt.